Substanzielles Protokoll 131. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 27. Juni 2012, 17.00 Uhr bis 20.45 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Irene Bernhard (GLP), Marina Garzotto (SVP), Lucia Tozzi (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1.			Mitteilungen	
2.	2012/242	*	Weisung vom 13.06.2012: Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2011	VS
3.	2012/243	*	Weisung vom 13.06.2012: Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Dr. Ueli Nagel (Grüne) betreffend Alterskonzept der Stadt Zürich	VGU
4.	2012/245	*	Weisung vom 13.06.2012: Rechnungen 2011 der verwalteten Stiftungen	FV
5.	2012/200		Weisung vom 16.05.2012: Städtische Gesundheitsdienste, Definitive Einführung von KOMPASS, Bewilligung jährlich wiederkehrender Ausgaben ab 2013	VGU
6.	2012/141		Weisung vom 04.04.2012: ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Bau einer zentralen Klärschlammverwertungsanlage auf dem Areal Werdhölzli, Objektkredit von 68 Mio. Franken	VTE
7.	2012/140		Weisung vom 04.04.2012: ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Klärwerk Werdhölzli, Transportkostenausgleich an die Zulieferer der Klärschlammverwertungsanlage, Objektkredit	VTE
8.	2012/62		Weisung vom 29.02.2012: Elektrizitätswerk, Erstellung des Netzstützpunkts «Unterwerk Oerlikon», Bewilligung eines Objektkredits	VIB

9.	2012/199	E/A	Dringliches Postulat von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 15.05.2012: Gasversorgung Zürich-Nord, Verschiebung der Stilllegung zur Amortisation der installierten Verbrauchsgeräte	VIB
10.	2009/391	E/A	Postulat von Salvatore Di Concilio (SP) und Peider Filli (Grüne) vom 02.09.2009: Limmatschifffahrt, Erhöhung der Taktfrequenz und Wiedereinführung der Haltestelle Wollishofen	VIB
11.	2009/406	E/A	Postulat von Alexander Jäger (FDP) und Bernhard Piller (Grüne) vom 16.09.2009: Beteiligung des ewz an europäischen Hochspannungsleitungen über Swissgrid	VIB
12.	2009/449	E/T	Postulat von Christian Aeschbach (FDP) und Christina Hug (Grüne) vom 30.09.2009: Direkte Verbindung des öffentlichen Verkehrs zwischen Burgwies, der Eierbrecht und dem Einkaufszentrum Witikon	VIB
13.	2009/532	A	Motion von Robert Schönbächler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 18.11.2009: Schiffbarmachung von Limmat und Sihl zwischen Landesmuseum und Escher-Wyss-Platz	VIB
14.	2009/540	A	Postulat von Marianne Aubert (SP) und Simone Brander (SP) vom 18.11.2009: Tramschienen, Verbesserung der Sicherheit für Velofahrende	VIB
15.	2010/38	E/A	Postulat von Bernhard Piller (Grüne) vom 20.01.2010: Überarbeitung Masterplan Energie zur Erreichung der CO2-Emissions-Ziele	VIB
16.	2010/98	A	Postulat von Dr. Davy Graf (SP) und Dr. Claudia Nielsen (SP) vom 10.02.2010: Offenes WLAN auf Stadtgebiet	VIB
17.	2010/265	E/A	Postulat von Florian Utz (SP) und Guido Trevisan (GLP) vom 16.06.2010: Einführung einer Buslinie auf der Route Hauptbahnhof–Am Wasser–Rütihof	VIB
18.	2010/312	E/A	Postulat von Marianne Dubs Früh (SP) und Thomas Wyss (Grüne) vom 14.07.2010: VBZ-Netz 2025, Berücksichtigung und Priorisierung einer Tramlinie nach Affoltern	VIB
19.	2010/322	A	Postulat von Mario Mariani (CVP) und Christian Traber (CVP) vom 14.07.2010: Realisierung eines Pendelschiffbetriebs zwischen den S-Bahnhöfen Wollishofen, Stadelhofen und Tiefenbrunnen	VIB

20. 2010/355 Interpellation von Mario Mariani (CVP) und Marcel Schönbächler (CVP) vom 01.09.2010: VBZ, Anlagenstrategie und Depotkonzept VIB

* Keine materielle Behandlung

M i t t e i l u n g e n

2863. 2010/166
Büro, Ratssekretariat

Der Ratspräsident gibt den Hinschied von Ratssekretärin Verena Röllin am 20. Juni 2012 bekannt und verliest einen Nachruf auf die Verstorbene.

Der Gemeinderat gedenkt ihr still in einer Schweigeminute.

Der Ratspräsident drückt sein Beileid aus.

2864. 2012/265
Motion von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 25.06.2012: Liegenschaft an der Limmattalstrasse 123, Auflösung des Schenkungsversprechens

Mauro Tuena (SVP) *beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Die Motion muss für dringlich erklärt werden, damit es zumindest für die betroffene Person, Frau von Muralt aus Höngg, nicht schwierig wird. Natürlich sollte es aber auch für alle anderen Beteiligten stimmen.*

Der Rat wird über den Antrag am 4. Juli 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2865. 2012/267
Erklärung der FDP-Fraktion vom 27.06.2012:
Personalfest der Pflegezentren Witikon und Riesbach im Hotel Dolder Grand

Namens der FDP-Fraktion verliest Tamara Lauber (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Rauschende Party im Hotel Dolder Grand – Pflegezentrum Witikon und Riesbach lassen die Korken knallen

Der Umzug des Haus A vom Pflegezentrum Witikon ins Pflegezentrum Bombach ist vollbracht, die Renovierungsarbeiten im Pflegezentrum Riesbach beendet und eine weitere Abteilung im Riesbach aufgebaut. Grund genug zum Feiern, findet zumindest der Betriebsleiter Erwin Zehnder und lädt die Belegschaft der Pflegezentren Witikon und Riesbach zum Personalfest ein - nirgendwo geringeres als ins Hotel Dolder Grand.

Der FDP Fraktion liegt die Einladung zum Personalfest vor, welches am 23. August 2012 im Ballroom des luxuriösen Hotel Dolder Grand über die Bühne gehen wird. Angaben über die Finanzierung des Personalfestes konnten wir nicht ausfindig machen, auch geht aus der Einladung nicht hervor, ob hinter dem Anlass grosszügige Sponsoren stecken. Doch selbst dann wäre die gewählte Lokalität für ein Personalfest zur Feier eines Umzuges mehr als unpassend. Der Grund für die Feier steht in keinem Verhältnis zu den sehr hohen Kosten, welche ein Fest in einem der teuersten Hotels in Zürich verursachen. Angesichts der steigenden Kosten im Gesundheitswesen und des zunehmenden Spardrucks, um auch in unserer Stadt einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu garantieren, könnten Sponsorengelder wesentlich sinnvoller genutzt werden - bei allem Respekt vor der ausgezeichneten Arbeit des Personals. An einem Personalfest im passenden Rahmen ist grundsätzlich nichts auszusetzen.

Ein Skandal wäre das Vorgehen des Betriebsleiters und aller für das Fest verantwortlichen Personen, sollte das Personalfest im Dolder Grand tatsächlich mit Steuergeldern finanziert werden. Deshalb reichen wir heute eine schriftliche Anfrage ein und verlangen von Stadträtin Nielsen, gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung die Finanzierung des rauschenden Fest im Dolder Grand transparent darzulegen.

Persönliche Erklärungen:

Peter Küng (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Wegweisung von alkoholisierten Parkbesuchenden aus der Zürcher Bäckeranlage.

Thomas Schwendener (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Informationspolitik der Stadtpolizei und der Medien bei von Ausländern verursachten gewalttätigen Vorfällen.

Niklaus Scherr (AL) hält eine persönliche Erklärung zur Anwendung der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) am Beispiel der Vorfälle in der Bäckeranlage.

G e s c h ä f t e

2866. 2012/242
Weisung vom 13.06.2012:
Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2011

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss des Büros vom 25. Juni 2012

2867. 2012/243
Weisung vom 13.06.2012:
Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Dr. Ueli Nagel (Grüne) betreffend Alterskonzept der Stadt Zürich

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 25. Juni 2012

2868. 2012/245
Weisung vom 13.06.2012:
Rechnungen 2011 der verwalteten Stiftungen

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 25. Juni 2012

2869. 2012/200
Weisung vom 16.05.2012:
Städtische Gesundheitsdienste, Definitive Einführung von KOMPASS, Bewilligung jährlich wiederkehrender Ausgaben ab 2013

Antrag des Stadtrats

Für das Angebot von KOMPASS werden ab 1. Januar 2013 jährlich wiederkehrende Bruttoausgaben von höchstens Fr. 681 800.– bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Andrea Hochreutener (SP): *Die Stadt hat bereits jetzt eine sehr breite Gesundheitsversorgung mit verschiedenen guten Angeboten. Für einen geringen Teil von PatientInnen ist aber diese Versorgung nicht immer gewährleistet. Dies sind vor allem Menschen mit psychischen Erkrankungen, in Verbindung mit chronischen Krankheiten. Aber auch Menschen mit einem Messie-Syndrom oder Betroffene, deren Konfliktsituationen schwierig zu lösen sind. KOMPASS bietet ein sozialmedizinisches Case-Management, es wird niederschwellig vor Ort gearbeitet und eine enge Zusammenarbeit zwischen Spital und ambulanter Versorgung sichergestellt. Bis jetzt lief KOMPASS als dreijähriges Pilotprojekt. Nach zwei Monaten gab es jedoch bereits genug Fälle. Das Projekt war in der Pilotphase kostenlos, ab der definitiven Einführung 2013 würden Verhandlungen mit den Krankenkassen stattfinden, ob mit diese ein Teil der Tarife ausgehandelt werden kann. KOMPASS ist ein wichtiger Bestandteil der städtischen Gesundheitsversorgung, der Betrieb unterstützt Menschen, die sehr schwer krank sind und von keinem anderen Netz aufgefangen werden können.*

Kommissionsminderheit:

Tamara Lauber (FDP): *Die Versorgungssicherheit dieser PatientInnen ist sehr wohl gewährleistet. Eine weitere Fachstelle erachten wir als unnötig. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis steht zudem in keiner gesunden Beziehung zueinander. KOMPASS übernimmt eine subsidiäre Funktion im gesamten Gesundheitswesen. Die für die jeweiligen PatientInnen notwendige Betreuung, psychiatrische, finanzielle oder soziale Unterstützung, kann durch die Fachstelle nicht vollumfänglich erbracht werden. Die BetreuerInnen von KOMPASS vermitteln ihre PatientInnen an die entsprechenden Fachstellen. Dafür braucht es keine zusätzliche Fachstelle, denn die korrekte Zuweisung kann auch durch andere medizinische DienstleisterInnen erbracht werden. Mit 100 bis 150 Fällen pro Jahr profitiert nur eine geringe Zahl von PatientInnen von diesem Angebot. Mit den schon vorhandenen medizinischen und sozialen Einrichtungen erhalten sie alle Unterstützung, die sie nötig haben. Die Frage der Finanzierung ist noch nicht vollständig geklärt, sondern soll erst nach der definitiven Einführung ausgehandelt werden. Das Gesundheitswesen wird mit diesem Projekt nicht entlastet, sondern zusätzlich finanziell beansprucht.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Wenn diese Aufgabe bereits erbracht würde, hätte es das Pilotprojekt gar nicht gebraucht. Es gehört zu unserem Gesundheitswesen, dass wir auch jene PatientInnen berücksichtigen, die weder die grossen Wählerstimmen bringen, noch sich innerhalb des Gesundheitswesens wahnsinnig rechnen. KOMPASS ist keine weitere Fachstelle, sondern ein sehr spezifisches Angebot. Tamara Lauber (FDP) ist die Erklärung schuldig geblieben, wie sie das Kosten-Nutzen-Verhältnis errechnet hat, von*

dem sie ganz genau sagen kann, dass es nicht stimmt. Das Angebot ist so konstruiert, dass PatientInnen mit schweren psychischen und körperlichen Erkrankungen sowie sozialen Problemen, die im traditionellen Gesundheitssystem durch die Maschen fallen, dieses Angebot auch nutzen. Wenn man sie nur auf einer Fachstelle behandelt, die auf etwas spezialisiert ist, hat man nur etwas behandelt. KOMPASS bietet eine Krisenintervention genau dann, wenn niemand anderes zuständig ist. Dieses Angebot entlastet das professionelle Versorgungssystem.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Andrea Hochreutener (SP), Referentin; Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Petek Altinay (SP), Jürg Ammann (Grüne), Uschi Heinrich (SP), Guido Hüni (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP) i.V. von Marianne Dubs Früh (SP), Catherine Rutherfoord (AL)
Minderheit:	Tamara Lauber (FDP), Referentin; Marina Garzotto (SVP)
Abwesend:	Joe A. Manser (SP)
Vakant:	1 Sitz (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Angebot von KOMPASS werden ab 1. Januar 2013 jährlich wiederkehrende Bruttoausgaben von höchstens Fr. 681 800.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. Juli 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. August 2012)

2870. 2012/141
Weisung vom 04.04.2012:
ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Bau einer zentralen Klärschlammverwertungsanlage auf dem Areal Werdhölzli, Objektkredit von 68 Mio. Franken

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Für den Bau einer zentralen Klärschlammverwertungsanlage auf dem Areal Werdhölzli wird ein Objektkredit von Fr. 68 000 000.– (einschliesslich MwSt) bewilligt.
2. Der Kredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis Dezember 2011) und dem Vertragsabschluss mit dem Totalunternehmer.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Mit dem Bau dieser zentralen Klärschlammverwertungsanlage kann der kantonale Klärschlamm-Entsorgungsplan optimal umgesetzt und die bestehende Anlage am Werdhölzli sinnvoll ergänzt werden. Der Kanton hat den Standort als optimal bewertet. Die Realisierung des Projekts bringt einen hohen Nutzen für die*

Stadt und die Bevölkerung: Geringere Entsorgungskosten, einen Einlieferpreis, der die Kosten des Baus und Betriebs der Anlage deckt und einen Energiegewinn. Im Kanton fallen jährlich rund 100 000 Tonnen entwässerter Klärschlamm an. Eine Zentralisierung optimiert die Logistikabläufe und soll das reibungslose Funktionieren der Schnittstelle zwischen den Klärwerken und der Klärschlammverwertung im Werdhölzli garantieren.

Schlussabstimmung zu den Dispositivziffern 1–2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Referent; Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Martin Bürlimann (SVP), Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Theo Hauri (SVP), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP)
Abwesend :	Philipp Käser (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Für den Bau einer zentralen Klärschlammverwertungsanlage auf dem Areal Werdhölzli wird ein Objektkredit von Fr. 68 000 000.– (einschliesslich MwSt) bewilligt.
2. Der Kredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis Dezember 2011) und dem Vertragsabschluss mit dem Totalunternehmer.

Mitteilung an den Stadtrat und das Zentralwahlbüro sowie amtliche Publikation am 4. Juli 2012 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

2871. 2012/140
Weisung vom 04.04.2012:
ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Klärwerk Werdhölzli, Transportkostenausgleich an die Zulieferer der Klärschlammverwertungsanlage, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

1. Unter dem Vorbehalt der Bewilligung eines Objektkredits von 68 Mio. Franken für den Bau der Klärschlammverwertungsanlage Werdhölzli durch die Gemeinde wird ein Objektkredit von 5,535 Mio. Franken bewilligt, und ERZ Entsorgung + Recycling Zürich wird ermächtigt, einen Transportkostenausgleich an ausgleichsberechtigte Klärwerke des Kantons Zürich während 20,5 Jahren in jährlichen Tranchen von Fr. 270 000.– (einschliesslich MwSt) zu entrichten.
2. Der Kredit und die jährlichen Tranchen erhöhen oder vermindern sich entsprechend der Änderung des ASTAG-Transportkostenindexes. Als Basis (100 Prozent) gilt der ASTAG-Transportkostenindex per 30. September 2014.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Für die Stadt Zürich bedeutet die vorliegende Weisung keine Klärschlamm-Transportkosten mehr. Der Stadtrat schlägt vor, einen jährlichen Betrag in Form eines Transportkostenausgleichs den Gemeinden zur Verfügung zu stellen, die Mehrkosten haben werden. Das Ausgleichsmodell ist detailliert erklärt worden und eine faire Sache.*

Schlussabstimmung zu den Dispositivziffern 1–2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Referent; Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Martin Bürlimann (SVP), Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Theo Hauri (SVP), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP)
Abwesend :	Philipp Käser (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Unter dem Vorbehalt der Bewilligung eines Objektkredits von 68 Mio. Franken für den Bau der Klärschlammverwertungsanlage Werdhölzli durch die Gemeinde wird ein Objektkredit von 5,535 Mio. Franken bewilligt, und ERZ Entsorgung + Recycling Zürich wird ermächtigt, einen Transportkostenausgleich an ausgleichsberechtigte Klärwerke des Kantons Zürich während 20,5 Jahren in jährlichen Tranchen von Fr. 270 000.– (einschliesslich MwSt) zu entrichten.
2. Der Kredit und die jährlichen Tranchen erhöhen oder vermindern sich entsprechend der Änderung des ASTAG-Transportkostenindexes. Als Basis (100 Prozent) gilt der ASTAG-Transportkostenindex per 30. September 2014.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. Juli 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. August 2012)

2872. 2012/62
Weisung vom 29.02.2012:
Elektrizitätswerk, Erstellung des Netzstützpunkts «Unterwerk Oerlikon», Bewilligung eines Objektkredits

Antrag des Stadtrats

1. Für die Errichtung des Netzstützpunkts Oerlikon wird zulasten der Rechnung des Elektrizitätswerks ein Objektkredit von Fr. 5 817 500.– (Fr. 5 365 500.– für externe Ausgaben und Fr. 452 500.– für wesentliche Eigenleistungen) bewilligt (Preisstand 1. April 2010, Zürcher Index für Wohnbaupreise, Punktestand 112,2).
2. Die Ausgaben erhöhen oder vermindern sich um die teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags und der Bauvollendung.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Der Stadtrat hat für die Gesamterneuerung des Unterwerks Oerlikon gebundene Ausgaben gesprochen. Damit bietet sich die Gelegenheit, am gleichen Ort einen Netzstützpunkt zu errichten. So können Synergien genutzt und Kosten gespart werden.*

Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Referent; Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Martin Bürlimann (SVP), Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Theo Hauri (SVP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Gian von Planta (GLP) i.V. von Philipp Käser (GLP), Mirella Wepf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Errichtung des Netzstützpunkts Oerlikon wird zulasten der Rechnung des Elektrizitätswerks ein Objektkredit von Fr. 5 817 500.– (Fr. 5 365 500.– für externe Ausgaben und Fr. 452 500.– für wesentliche Eigenleistungen) bewilligt (Preisstand 1. April 2010, Zürcher Index für Wohnbaupreise, Punktestand 112,2).
2. Die Ausgaben erhöhen oder vermindern sich um die teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags und der Bauvollendung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. Juli 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. August 2012)

2873. 2012/199
Dringliches Postulat von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 15.05.2012:
Gasversorgung Zürich-Nord, Verschiebung der Stilllegung zur Amortisation der installierten Verbrauchsgeräte

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michèle Halser-Furrer (EVP) *begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2703/2012): Weil der Informationsauftrag nicht erfüllt wurde, stehen heute viele GasbetreiberInnen in Zürich-Nord vor einem Scherbenhaufen. Die Verunsicherung ist sehr gross, die Situation verfahren. Wenn rechtzeitig informiert worden wäre, hätten alle GebäudeeigentümerInnen sich auf eine vernünftige Amortisationsfrist einstellen können. Der Stadtratsbeschluss über das Fernwärmekonzept von 1992 ist bis vor kurzem nicht öffentlich gewesen. Schriftliche Bestätigungen, dass das Gas bald abgestellt wird, hat es vor September 2009 nie gegeben. Erdgas Zürich lieferte solange wie möglich Erdgas, um die eigene Infrastruktur auszulasten. Dass die Kosten dieser Strategie nun die GasbetreiberInnen tragen sollen, die in den letzten Jahren noch teure Installationen vorgenommen haben, darf nicht sein. Entweder muss die Gasabstellung verschoben werden, damit noch solange geliefert werden kann, bis die Anlagen amortisiert sind oder Erdgas*

Zürich muss die EigentümerInnen bei der Umstellung auf andere EnergieträgerInnen unterstützen. Alles andere würde das Vertrauen in öffentliche Unternehmen massiv untergraben.

Isabel Garcia (GLP) *begründet den namens der GLP-Fraktion am 6. Juni 2012 gestellten Ablehnungsantrag: Die Stadt soll sich bei Härtefällen kulant zeigen. Das vorliegende Postulat lehnen wir aber ab. Schon im Februar 1996 ist die Erdgas Zürich-Kundschaft darüber informiert worden, dass die Gaslieferungen nicht längerfristig gesichert sind und sie die Installationen neuer Anlagen explizit auf ihr eigenes Risiko nehmen müssen. Die Aufschiebung der Kappung als solche erscheint uns unverhältnismässig, auch angesichts der CO_2-Ziele der Stadt. Die generelle Forderung nach einer Entschädigung der EigentümerInnen und die alleinige Abschiebung des Finanzrisikos auf die Stadt sind ebenfalls ungerechtfertigt.*

Weitere Wortmeldungen:

Theo Hauri (SVP): *Klar ist, dass zwei parallel verlaufende Energienetze nicht rentabel betrieben werden können. Die Ausserbetriebsetzung des wirtschaftlich weniger rentablen Leitungsnetzes Gas ist somit richtig. Im Sinne der weiteren Planungssicherheit ist es für die EigentümerInnen in Zürich-Nord aber unerlässlich, dass der Zeitpunkt der Stilllegung jetzt klar definiert wird. Angesichts der eklatanten Fehlleistungen der personell wohldotierten Kommunikationsstellen und der jahrelangen Verschleierung der Tatsachen ist es nur recht und billig, wenn die EigentümerInnen fair und richtig entschädigt werden.*

Marc Hohl (FDP): *Die ganze Problematik löst in den betroffenen Quartieren grosses Unverständnis aus. Auch die MieterInnen sind betroffen, weil die entstehenden Kosten über die Mietzinsen abgegolten werden. Wenn die Stadt weiterhin an ihrem Plan der Abkoppelung festhält, wäre es angebracht, die Frist hinauszuzögern. Das zweite Anliegen einer Entschädigung soll geprüft werden.*

Helen Glaser (SP): *Auch die SP unterstützt das Postulat grundsätzlich. Doch seit 1992 ist bekannt, dass die Erdgasversorgung nicht auf ewige Zeit sichergestellt werden kann und die Stadt bietet zudem Massnahmen an, wie diese Problematik abgefedert werden kann. Deshalb denken wir, dass eine Entschädigung nur für Härtefälle gesprochen werden sollte und schlagen eine entsprechende Textänderung vor.*

Bernhard Piller (Grüne): *Wir erachten den Rückzug von Erdgas Zürich aus Zürich-Nord aus ökonomischen wie ökologischen Gründen als sinnvoll. Für einen fossilen Energieträger wird ein erneuerbarer zur Verfügung gestellt. Dieser Rückzug wurde schon lange angekündigt und die Leute, die neu in die Erdgasstruktur investiert haben, wollten es einfach nicht wahrhaben. Eine Textänderung macht keinen Sinn. Die EVP sollte ihr Postulat zurückziehen. Dafür sollte die Partei die Forderung stellen, dass Erdgas Zürich zur Investition in den Umbau auf erneuerbare Energiesysteme verpflichtet wird, in den Fällen wo Fernwärmeversorgung nicht möglich ist.*

Daniel Meier (CVP): *Es ist richtig, dass der Stadtrat mögliche Entschädigungszahlungen prüft und einen Bericht verfasst. Wir unterstützen das Postulat.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Wir nehmen den Änderungsvorschlag der SP an, damit das Postulat überwiesen wird. Ein grosser Teil der Leute sind Härtefälle. Der Stadtrat sollte bei seiner Definition deshalb eine gewisse Grosszügigkeit an den Tag legen. Die CO_2-Bilanz der Stadt wird nicht beeinträchtigt durch eine Verschiebung der Kappung. Es wird nicht viele EigentümerInnen geben, die mit den wenigen Subventionen etwas Alternatives aufbauen können; der grösste Teil wird Erdölheizungen bauen und die CO_2-Bilanz*

wird sich verschlechtern.

Catherine Rutherfoord (AL): *Wir finden nicht, dass ein neues Postulat notwendig ist. Die Entschädigung beinhaltet bereits, dass die Leute unterstützt werden, auf erneuerbare Energien umzustellen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Der Stadtrat hat Verständnis für das Unverständnis und nimmt das Postulat entgegen. 2011 wurde der Beschluss gefasst, spätestens 2019 mit den Erdgaslieferungen in Zürich-Nord auszusteigen. Dieses Vorgehen wurde jedoch bereits früher bekräftigt. Wir haben ein Wärmeversorgungskonzept, das gesetzlich vorgeschrieben und vom Regierungsrat genehmigt ist. Darüber wurden fortlaufend auch die InstallateurInnen informiert. Wenn diese die neuen Gegebenheiten nicht an ihre Kundschaft vermittelt haben, handelten sie wider besseres Wissen. Es ist unfair, Erdgas Zürich zum Prügelknaben zu machen. Dass wir jetzt nach Lösungen suchen, um das Netz noch länger zu betreiben, hängt nicht von der Abschreibedauer des einzelnen Endkundengeräts ab, sondern von der Sicherheit. Wenn irgendwo Leitungen des Hoch- und Tiefbaus umgelegt werden müssen, muss das Gas abgestellt werden.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, wie die Kappung der Erdgasversorgung in Zürich Nord – sofern nicht ganz darauf verzichtet wird – auf einen Zeitpunkt hinausgeschoben werden kann, der die Amortisation der installierten Verbrauchsgeräte erlaubt, und wie in Härtefällen jene Eigentümer entschädigt werden können, die in den letzten Jahren durch unklare Informationen über den Zeithorizont der Gaslieferungen zu Investitionen veranlasst wurden, welche auch zum Zeitpunkt der Kappung noch nicht amortisiert sind.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 95 gegen 25 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2874. 2009/391
Postulat von Salvatore Di Concilio (SP) und Peider Filli (Grüne) vom 02.09.2009: Limmatschifffahrt, Erhöhung der Taktfrequenz und Wiedereinführung der Haltestelle Wollishofen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peider Filli (Grüne) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4810/2009): Wir hatten dieses Jahr einen schönen Frühling, in dem es sich gelohnt hätte, die Limmatschifffahrt schon zu betreiben. Zürich vergisst oft, dass es eine TouristInnenstadt ist. Doch die Limmatschifffahrt gehört auch bei den Einheimischen besser beworben. Über eine Wiederanbindung der Anlegestelle würde sich Wollishofen freuen.*

Martin Bürlimann (SVP) *begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. September 2009 gestellten Ablehnungsantrag: Die Kosten für eine Erhöhung der Taktfrequenz und die Wiedereinführung der Haltestelle Wollishofen wären*

sehr hoch. Die Haltestelle wurde aufgegeben, weil die Frequenz zu tief war. Die Bahn-, Tram- und Busverbindungen von Wollishofen ins Zentrum sind sehr gut. Würde sich die Strecke für die Limmatschifffahrt rentieren, hätte diese von sich aus diesen Vorschlag gemacht.

Das Postulat wird mit 93 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2875. 2009/406
Postulat von Alexander Jäger (FDP) und Bernhard Piller (Grüne) vom 16.09.2009: Beteiligung des ewz an europäischen Hochspannungsleitungen über Swissgrid

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alexander Jäger (FDP) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4837/2009): Der Strom wird in immer grösseren Mengen in entfernteren Regionen produziert und in Verbrauchszentren transportiert. Diese Transporte können nur mit einem Hochspannungsnetz gewährleistet werden. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) hat bereits verschiedene Produktionsanlagen im Ausland oder ist daran beteiligt. Wir sollten auch der Swissgrid die Möglichkeit geben, sich im Ausland für solche Übertragungsleitungen stark zu machen. Ebenfalls wird sich in naher Zukunft auch die Frage stellen, ob wir weiterhin auf dem normalen Wechselstromnetz transportieren oder ein Gleichspannungsnetz für die hohen Spannungen benutzen wollen. Ein Gleichspannungsnetz würde viel weniger Energieverlust bedeuten. Die dafür vorgesehen Punkte sollten aber auch in der Schweiz sein, damit wir unseren Strom aus den Stauseen nutzen können.*

Kurt Hüssy (SVP) *begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 30. September 2009 gestellten Ablehnungsantrag: Der Gemeinderat hat beschlossen, dass das ewz sein ganzes Hochspannungsnetz abgibt und in die Swissgrid integriert. Das Netz soll übergeordnet verwaltet werden. Das ewz besitzt somit keine eigenen Hochspannungsleitungen mehr. Die Elektrizitätswerke in der Schweiz, die günstigen Strom produzieren, werden abgestellt. Dafür baut man nun in tausenden Kilometern Entfernung Solar- und Windkraftwerke, weit ausserhalb unserer Kontrolle. Wir brauchen Kraftwerke, die zuverlässig Strom liefern. Diese müssen hier bei uns sein, wo wir sie warten und ihre Sicherheit gewährleisten können.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Davy Graf (SP): *Das Postulat fordert ein Umdenken im europäischen Raum. Die Netzcodes, die für die bisherigen Netze gelten, sollen auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Das ist eine Aufgabe der Swissgrid.*

Martin Luchsinger (GLP): *Obwohl ich einige Probleme in der Umsetzung des Postulats sehe, ist die Grundstossrichtung klar und richtig. Das ewz will die erneuerbaren Energien dort gewinnen, wo sie am besten zu gewinnen sind. Investitionen in ein solches Übertragungsnetz sind lohnender, als in unsichere und über Jahrtausende strahlende Kernkraftwerke.*

Bernhard Piller (Grüne): *Priorität hat die dezentrale, erneuerbare Produktion im Inland und dann erst der längerfristige Import erneuerbarer Quellen aus dem europäischen Ausland. Die SVP will laut ihrem Votum künftig inländische Solar- und Windradenergie-*

gewinnungsprojekte unterstützen. Die jetzigen Beteiligungen des ewz in Windenergieanlagen und die Prioritätensetzung kündigen den zukünftigen Stromtransfer in die Schweiz an. Deshalb macht es Sinn, dass das ewz auch in eine Partnerschaft im Ausland investiert.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Das vorliegende Postulat betrifft nicht unsere Flughöhe. Die strategische Grundidee ist richtig, aber das ist ein EU-Verhandlungsthema. Ohne eine entsprechende Verankerung in den bilateralen Verträgen kann sich die Schweiz nicht beteiligen.*

Das Postulat wird mit 94 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2876. 2009/449
Postulat von Christian Aeschbach (FDP) und Christina Hug (Grüne) vom 30.09.2009:
Direkte Verbindung des öffentlichen Verkehrs zwischen Burgwies, der Eierbrecht und dem Einkaufszentrum Witikon

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christina Hug (Grüne) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4932/2009): Witikon ist eines der Quartiere, in dem ein Grossteil der BewohnerInnen ein Auto als Hauptverkehrsmittel nutzt. Das Quartier ist nicht gut vom öffentlichen Verkehr (ÖV) erschlossen, die Witikonerstrasse und der Bus liegen für viele nicht direkt vor der Haustüre. Der Spaziergang zur nächsten Bus- oder Tramhaltestelle ist oft sehr steil und weit. Dies gestaltet sich vor allem für ältere, nicht sehr mobile Leute als schwierig, aber auch, wenn man mit mehr als einem Rucksack unterwegs ist. Der Stadtrat soll deshalb prüfen, ob eine direkte ÖV-Verbindung vom Zentrum Witikon über das Eierbrechtquartier nach Burgwies erstellt werden kann.*

Bruno Amacker (SVP) *zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag auf Textänderung zurück und stellt den Ablehnungsantrag: Wir haben in Zürich Bus, Tram, Schiff sowie Zahnrad- und Standseilbahnen. Es wird nicht noch ein weiterer Kleinstverkehrsträger benötigt, das ist betriebswirtschaftlicher Unsinn. Wer in das Quartier zieht weiss, dass es keine guten ÖV-Anbindungen gibt.*

Weitere Wortmeldungen:

Marc Bourgeois (FDP): *Die Idee an sich ist gut. Inzwischen hat man diese aber intern schon einmal geprüft und dabei hat sich gezeigt, dass der Vorstoss nicht realistisch ist. Die angedachte Verkehrslinie hätte relativ umfangreiche Waldrodungen und Gärtenverlagerungen zur Folge. Der von den Grünen vorgeschlagene Coaster ist kein ruhiges Gefährt, das den Boden entlangläuft. Es würde auf Stelzen, sehr exponiert und für alle hörbar, quer durch das Eierbrechtquartier fahren. Dies hätte eine massive Entwertung des ruhigen Wohnviertels zur Folge. Zudem kostet das ganze Vorhaben, im Vergleich zur erwarteten Frequenz, enorm viel. Die Lösung bringt keinen grossen Netznutzen, weil sie nichts miteinander verbindet. Für den unteren Teil von Witikon kann mit Bussen kur-*

siert, am Hang muss eine andere Verkehrslinie eingesetzt werden. Eine Optimierung kann nur über die Hauptachse erfolgen und nicht über eine kleine Querverbindung.

Martin Luchsinger (GLP): *Vor allem der älteren Bevölkerung von Witikon sollte die Möglichkeit gegeben werden, problemlos ins Zentrum Witikon zu gelangen. Das muss nicht mit einem Coaster geschehen. Der Stadtrat soll die verschiedenen Möglichkeiten prüfen.*

Marianne Aubert (SP): *Auch wir sind der Auffassung, dass es eine solche Verbindung braucht. Natürlich muss man dies verkehrsplanerisch genauer anschauen, doch dies würde bei einer etwaigen Überprüfung ja gemacht.*

Karin Weyermann (CVP): *Viele WitikerInnen benutzen den ÖV und nicht nur das Auto. Im Sinne von Visionen soll das Postulat überwiesen werden.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Die Stadt will das Postulat prüfen und sich nochmals genauer Gedanken machen, was dort eingesetzt werden kann. Wir unterstützen das Postulat.*

Marc Bourgeois (FDP): *Aufgrund der Informationen, die schon bestehen, wird der Stadtrat das Postulat irgendwo ablegen. Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) wird die Linie mit ganz grosser Sicherheit nicht finanzieren. Wir würden dort also ein Präjudiz schaffen und anfangen, einerseits unseren ÖV über den ZVV zu zahlen und ergänzend unseren ÖV selber zahlen. Dann können wir gleich aus dem ZVV austreten.*

Das Postulat wird mit 81 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2877. 2009/532
Motion von Robert Schönbächler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 18.11.2009: Schiffbarmachung von Limmat und Sihl zwischen Landesmuseum und Escher-Wyss-Platz

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Marcel Schönbächler (CVP) *begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 5127/2009): Die Idee für eine nachhaltige Aufwertung des Sihl-Limmatraums und eine gute Anbindung von Zürich-West auf dem Wasserweg ist innovativ. Die Vereinigung Kulturmeile Zürich-West führte 2009 eine entsprechende Umfrage bei der Bevölkerung durch. Dabei kam heraus, dass die Mehrheit diese Idee unterstützte. Die erforderlichen Anpassungen sind zum jetzigen Zeitpunkt schwer abzuschätzen: Ein Grund, das Anliegen zu prüfen. Die Investitionskosten würden im zweistelligen Millionenbereich liegen. Bei der effektiven Kostentragung könnte vielleicht der ZVV behilflich sein. Wenn eine Hardbrücke für 100 Millionen Franken saniert werden kann, dann sollte man auch einer visionären Idee wie dieser eine Chance geben.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Diese Idee ist mehr Konzeptkunst als ein ernstgemeinter Vorstoss.*

Im Motionstext ist von einem nachhaltigen Projekt die Rede, aber alle derzeitigen Umweltgesetzgebungen sprechen gegen diese Nachhaltigkeit. Weil alles die SteuerzahlerInnen berappen, sollten wir realistisch bleiben und lieber an Projekten arbeiten, die gut umgesetzt werden können.

Weitere Wortmeldung:

Martin Bürlimann (SVP): *Die CVP hat in der Budgetdebatte hundertmal erwähnt, wie wichtig ihr die Sparmassnahmen sind. Auch versprach die Partei, in Zukunft auf überflüssige Motionen zu verzichten. Nun bringt sie einen Vorstoss, der grotesk viel kostet. Wie kann die CVP eine 2000-Watt-Gesellschaft verlangen und gleichzeitig ein Projekt fordern, das einen enormen Stromverlust mit sich bringen würde und riesige Baustellen mitten im Flussbett zur Folge hätte?*

Die Motion wird mit 9 gegen 109 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2878. 2009/540
Postulat von Marianne Aubert (SP) und Simone Brander (SP) vom 18.11.2009: Tramschienen, Verbesserung der Sicherheit für Velofahrende

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung und gibt die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung bekannt.

STR Andres Türler: *Wir werden in Kürze ein entsprechendes Pilotprojekt auf dem Tramschienennetz etablieren. Wir sind schon länger daran, die Sicherheit für Velofahrende zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund macht es keinen Sinn, die Ablehnung des Postulats zu empfehlen.*

Marianne Aubert (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5135/2009): In den letzten drei Jahren hat der Stadtrat einiges getan, um zu verhindern, dass Velofahrende versehentlich in Tramschienen geraten und verunfallen. Wir sind aber der Überzeugung, dass noch mehr möglich ist.*

Martin Bürlimann (SVP) *stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag: Das Postulat verlangt Gummidichtungen in den Tramschienen, um die Gefährdung für VelofahrerInnen einzuschränken. Die Gummiabdichtungen sind jedoch sehr teuer und halten nicht lange. Zudem gaukeln sie eine falsche Sicherheit vor.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Das Problem ist unsere bemutternde Gesellschaft, die ihren Kindern heute zu jeder Gelegenheit das Helmtragen aufzwingt. Man fällt nun mal vom Velo, doch man wird auch ohne Gummidichtungen in den Tramschienen in der Stadt überleben können.*

Joachim Hagger (FDP): *Ich bin häufig selbst mit dem Velo unterwegs und kenne die schleifenden Überquerungen der Tramlinien, die tatsächlich gefährlich sind. Doch es existiert bereits ein überwiesenes Postulat, das genau diese Sicherheit fordert. Wir leh-*

nen deshalb den neuen Vorstoss ab, weil das Anliegen schon besteht.

Dr. Martin Mächler (EVP): *Die Idee ist nicht, flächendeckend Gummi in den Schienen einzubauen, sondern punktuellen Schutz an sich kreuzenden Schienen zu gewährleisten. Es geht hier auch nicht um überängstliche Eltern, sondern um die Sicherheit von VelofahrerInnen auf öffentlichem Grund.*

Simone Brander (SP): *Neu ist an diesem Postulat der Ideenwettbewerb, weil schon verschiedene Sachen ausprobiert wurden, aber es noch keinen Durchbruch gab.*

Das Postulat wird mit 77 gegen 41 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2879. 2010/38
Postulat von Bernhard Piller (Grüne) vom 20.01.2010:
Überarbeitung Masterplan Energie zur Erreichung der CO2-Emissions-Ziele

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5414/2010): Der Masterplan Energie der Stadt Zürich ist in den Grundzügen sicher sinnvoll, aber inzwischen vier Jahre alt. Eine entsprechende Überarbeitung soll deshalb in diesem Jahr stattfinden und das Postulat darauf Einfluss nehmen. Der Masterplan hält fest, dass der CO_2-Ausstoss von 2005 bis 2020 um 15 % reduziert werden muss. Im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft verankerten wir 2008 aber in der Gemeindeordnung, dass der Ausstoss auf eine Tonne pro Kopf und Jahr bis 2050 reduziert wird. Die Teilziele des Masterplans müssen kongruent sein und auf das Gesamtziel 2050 abgestimmt werden. Eine 15 %-Reduktion ist zu wenig ambitiös, damit lässt sich das Ziel nicht erreichen. In den letzten zehn Jahren ist der CO_2-Ausstoss in der Stadt ungefähr gleich geblieben. Es ist also umso dringender, hier andere Massstäbe anzusetzen.*

Ruth Anhorn (SVP) *begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. Februar 2010 gestellten Ablehnungsantrag: Um das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, ist eine rigorose Anpassung von Bauten, Anlagen sowie ein neues Verständnis für Energiedienstleistungen notwendig. Ansonsten bleibt die Idee eine blosse Absichtserklärung. Die Stadt hat in dieser Hinsicht schon einiges getan. Angesichts des stetig steigenden Energieverbrauchs haben wir aber unsere Bedenken, ob das hochgesteckte Ziel in der gewünschten Zeit zu erreichen ist. Der Masterplan hält die Grundsätze der städtischen Energiepolitik fest, ebenso wie die Zielvorgaben für die einzelnen Dienstabteilungen. Da eine Überarbeitung in diesem Jahr angedacht ist, wird der Vorstoss überflüssig. Wir sind auch der Meinung, dass die gestellte Forderung von einer Tonne pro Kopf und Jahr bis 2050 ein zu hohes Ziel ist und fraglich bleibt, wie dieses Vorhaben eingehalten werden soll.*

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): *Das Volk hat der Vision 2000-Watt-Gesellschaft zwar zugestimmt, doch die Zahlen belegen, wo wir heute stehen. Wir sind immer noch sehr inkonsequent*

in der Umsetzung.

Alexander Jäger (FDP): *Genau das ist der Grund, warum wir diesem Vorstoss zustimmen. Wir wollen genau sehen, was wir alles machen müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Der Masterplan Energie kann uns das aufzeigen.*

Peider Filli (Grüne): *Ich persönlich finde es gut, wenn jemand ein Ziel hat, aber trotzdem offen zugeben kann, noch inkonsequent zu sein.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Hätte das Volk damals gewusst, wie die Konsequenzen dieser Zielsetzung konkret aussehen, wäre das Abstimmungsergebnis sicher ein anderes gewesen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Der Vorstoss ist nicht geeignet für eine grundsätzliche Energiedebatte und ich gehe davon aus, dass das Volk bei der Abstimmung sehr wohl gewusst hat, was es macht. Der Masterplan Energie wird in einem bestimmten Rhythmus angepasst. Die neue Überarbeitung wurde verabschiedet und ist schon in Kraft getreten. Das Postulat ist somit erfüllt und kann zurückgezogen werden.*

Das Postulat wird mit 95 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2880. 2010/98
Postulat von Dr. Davy Graf (SP) und Dr. Claudia Nielsen (SP) vom 10.02.2010: Offenes WLAN auf Stadtgebiet

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung und gibt die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung bekannt sowie die Übertragung der Zuständigkeit an das Finanzdepartement gemäss Stadtratsbeschluss vom 27. Juni 2012.

STR Andres Türler: *Es gibt viele Gründe, die dagegen sprechen. Das ewz hat kein Geld übrig für ein solches Projekt, im Leistungsauftrag für das Glasfasernetz ist es nicht enthalten und aus dem Strompreis können wir es nicht quersubventionieren. Zudem war das Pilot-WLAN-Netz am Limmatquai ein Flop. Doch weil wir uns in dieser Legislaturperiode die Vision eZürich als Ziel gesetzt haben und darin ein Artikel fordert, dass WLAN geprüft wird, nehmen wir das Geschäft entgegen und überweisen es zur Prüfung an das Finanzdepartement.*

Mauro Tuena (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Dr. Davy Graf (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5571/2010): Die Idee zum flächendeckenden WLAN ist im Wahlkampf 2010 entstanden. Es soll ein Angebot erstellt werden, das erlaubt Mails zu lesen und ein wenig im Internet zu surfen. An WLAN-Netzen in Zürich fehlt es nicht, aber die meisten sind verschlüsselt. Ein grösseres*

Angebot bedeutet deshalb nicht automatisch auch mehr Zugang zum Internet. Doppelte Infrastrukturen sind unnötig, ein staatlicher Player sollte das Angebot koordinieren, zumal ein öffentliches Netz die Strahlenmenge nicht erhöhen, sondern sie reduzieren würde.

***Mauro Tuena (SVP)** begründet namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag: Diverse Tageszeitungen titelten dieser Tage, dass das öffentliche WLAN gratis sei. Kostenlos ist es aber keinesfalls. Um so vielen Leuten WLAN zur Verfügung zu stellen, ist eine hohe Bandbreite von Nöten, damit das Netz nicht zusammenbricht. Hinzu kommt: Wenn sich jeder ohne Schlüssel einloggen kann, trägt die Kosten sicher nicht die Person, die surft. Nur noch ein Netz anbieten zu wollen heisst gleichzeitig, den Privaten zu verbieten, ihre Netze weiter zu betreiben. Das ist sozialistisch. Zur Kernaufgabe eines Gemeindewesens gehört es nicht, für die StadtbürgerInnen, TouristInnen und sonstige Leute, die surfen wollen, ein WLAN-Netz zur Verfügung zu stellen. Dies sollen Private machen. Mich würde zudem interessieren, warum der Testbetrieb am Limmatquai wieder eingestellt wurde? Haben die Leute ihn nicht genutzt? Wussten sie gar nicht, dass es ihn gibt? Oder wurde das Angebot durch Private schon abgedeckt?*

***Marc Bourgeois (FDP)**: Die Idee hat einen guten Kern. Wir haben heute sehr viele unterschiedliche Netze. Für die Standortqualität von Zürich wäre ein flächendeckendes WLAN von Vorteil und schön für die Stadt, wenn es gratis installiert werden könnte. Doch es ist leider weder in der Erstellung noch im Unterhalt billig. Deshalb ist das Postulat eine Rohform. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Stadt das Risiko eingehen will, einen zweistelligen Millionenbetrag zu investieren, wenn genauso gut Private das Angebot abdecken können. Zumal man nicht abschätzen kann, wie die Entwicklung von G-Netzen im Mobilbereich aussehen wird. Die Koordination der vielen verschiedenen Netze ist nicht trivial und die Strahlenstärke darf auch nur so stark sein, dass sie nicht in Gebäude dringt und das Glasfasernetz gefährdet. Wir stellen deshalb einen Textänderungsantrag.*

Weitere Wortmeldungen:

***Martin Luchsinger (GLP):** Bei einem Glasfasernetz, dass die Stadt zur Verfügung stellt, sehe ich den wirtschaftlichen Nutzen, bei einem offenen WLAN-Netz nicht. Vor allem, wenn es schon eine vorhandene Infrastruktur gibt. Grundsätzlich sollte man private AnbieterInnen, die ein solches Netz gewinnbringend installieren möchten, nicht daran hindern. Doch irgendwann können die WLAN-Netze nicht mehr durchgängig genutzt werden, weil der technische Fortschritt in diesem Bereich so rasant ist. Wir sind für die Textänderung.*

***Christian Traber (CVP):** Auch wir würden dem ursprünglichen Postulat nicht zustimmen. Grundsätzlich sollte man prüfen, wie ein offenes Wireless-Netz in der Stadt umgesetzt werden kann. Es ist aber keine staatliche Aufgabe, diese Idee auch zu realisieren und das Netz zu betreiben.*

***Dr. Martin Mächler (EVP):** Das Beispiel in der Stadt Bern zeigt, dass das Anliegen eines offenen WLAN wirklich erwünscht und angebracht ist, auch bei uns. Wenn es Private machen können, sollen sie es machen.*

***Mauro Tuena (SVP):** Die Textänderung ist nicht eindeutig genug. Wenn möglich sollen Private die Idee umsetzen. Diese Formulierung läuft immer noch auf eine staatliche Lösung hinaus. Für uns geht das zu wenig weit, weshalb wir Postulat wie Textänderung ablehnen.*

Dr. Davy Graf (SP) *ist mit der Textänderung einverstanden: Wenn es gratis für die Bevölkerung ist und gratis für die Stadt, dann wenn möglich. Wenn nicht, dann wenn nötig.*

STR Andres Türler: *Als Antwort an Mauro Tuena (SVP): Eine private Firma hat das WLAN am Limmatquai zur Verfügung gestellt, entgegen der Erwartungen nahmen die NutzerInnen ab.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein öffentliches, offenes WLAN auf Stadtgebiet realisiert werden kann und dabei ~~im Sinne des Service public~~ ein diskriminierungsfreier Informationszugang gewährleistet wird.
~~In einem Bericht~~ Dabei sollen die Optionen eines flächendeckenden Angebots, wie auch einer teilweisen Abdeckung an ausgewählten Plätzen, Strassenzügen, Freizeitanlagen etc. mit hoher Frequentierung analysiert werden. ~~Insbesondere soll auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit und Vernetzung mit bestehenden Hotspots auf städtischem Gebiet miteinbezogen werden – die Stadt könnte eine koordinierende Aufgabe übernehmen und auftretende Netzlücken schliessen. Es soll weiter aufgezeigt werden, welche Schlüsse aus dem Pilotprojekt am Limmatquai gezogen werden.~~ Eine allfällige Umsetzung und Finanzierung soll dabei wenn möglich mittels Konzessionierung eines oder mehrerer geografisch nicht überschneidender privater Anbieter erfolgen. Dabei soll auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit und Vernetzung mit bestehenden Hotspots auf städtischem Gebiet geprüft werden.

Das geänderte Postulat wird mit 96 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2881. 2010/265
Postulat von Florian Utz (SP) und Guido Trevisan (GLP) vom 16.06.2010: Einführung einer Buslinie auf der Route Hauptbahnhof–Am Wasser–Rütihof

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Florian Utz (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 221/2010): Die beiden Gebiete Am Wasser in Höngg und Breitensteinstrasse in Wipkingen sind vom ÖV nicht erschlossen. Die frühere Buslinie 71 wurde eingestellt, weil sie auf der Strecke unregelmässig verkehrte und keine Direktverbindung in die Stadt gewährleistete. An diesen Strassen wohnen 2500 Menschen, die nun zum Teil mehr als einen halben Kilometer Weg bis zur nächsten Haltestelle haben. Die Vorgabe der kantonalen Angebotsverordnung wird hier nicht eingehalten. Ein weiteres Problem in Höngg ist die schlechte Verbindung zwischen Frankental und Rütihof. Jeweils abends und den ganzen Sonntag fahren die Busse zwischen den beiden relativ dicht besiedelten Gebieten nur im Halbstundentakt. Wir fordern deshalb eine neue Buslinie auf der Route Hauptbahnhof–Am Wasser–Rütihof. Damit würden die zwei Strassen ans ÖV-Netz angeschlossen, die Verbindung zwischen Frankental und Rütihof verbessert sowie der 46er-Bus und das 13er-Tram stark entlastet.*

Martin Bürlimann (SVP) *begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 30. Juni 2010 gestellten Ablehnungsantrag: Der Versuch mit der Buslinie 71 wurde damals abgebrochen, weil das Bedürfnis nicht da war. Die Idee von Direktverbindungen der Aussenquartiere zum HB ist an sich gut. Vor allem zu Stosszeiten würde dies die normalen Buslinien entlasten. Die SVP reichte dazu einen Vorstoss ein,*

der Schnellbusse für die Aussenquartiere verlangte. Das Problem muss grundsätzlich und für das ganze Stadtgebiet gelöst werden und darf nicht nur auf ein Quartier bezogen sein.

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): *Obwohl die AnwohnerInnen die Hauptleidtragenden der stärkeren Lärm- und Abgasemissionen sind, profitieren sie noch nicht einmal von einer anständigen ÖV-Verbindung. Sie können entweder bis zu nächsten Brücke laufen und dort ins Tram einsteigen oder einen steilen Hang hinauf zur nächsten Bushaltestelle. Was dies für ältere und gebrechliche Leute heisst, muss ich nicht weiter erklären. Bei Herbeiziehung der früheren Buslinie als Vergleich wird die Tatsache ausgeblendet, dass die Fahrgastzahl dort stetig zunahm. Weil aber die kantonalen Mindestpassagierzahlen nicht erreicht wurden, nahm man den Bus aus dem Netz. Die Route hat durchaus Potenzial für eine neue Buslinie. Nicht nur als Entlastung für die AnwohnerInnen, sondern auch für den 46er-Bus und das 13er-Tram.*

Marcel Schönbächler (CVP): *Wir sind dafür, das Postulat prüfen zu lassen. Die Erschliessung des dicht besiedelten Gebiets, das weiter wachsen wird, ist notwendig. Ob dieses Postulat oder die Schnellbuslinie, die die SVP fordert, am meisten Sinn macht, sollte abgeklärt werden.*

Alexander Jäger (FDP): *Die Verlängerung bis zum Rütihof ist clever, weil auch der Bus ab und zum Rütihof zu den Stosszeiten chronisch überlastet ist.*

Das Postulat wird mit 97 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2882. 2010/312
Postulat von Marianne Dubs Früh (SP) und Thomas Wyss (Grüne) vom 14.07.2010: VBZ-Netz 2025, Berücksichtigung und Priorisierung einer Tramlinie nach Affoltern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marianne Dubs Früh (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 341/2010): Auch bei uns in Affoltern sind die Busse überfüllt, denn wir stellen das zweitgrösste Quartier in Zürich. Wir bekommen zwar in nächster Zeit Doppelgelenkbusse zur Verfügung gestellt, aber die reichen nicht aus. Deshalb wünschen wir uns ein Tram, das vor allem durch die Wehntalerstrasse fährt.*

Mauro Tuena (SVP) *begründet den namens der SVP-Fraktion am 1. September 2010 gestellten Ablehnungsantrag: Alle diese zusätzlichen Verkehrsmittel sind nicht gratis zu haben. Affoltern ist durch die ÖV angebunden: Es gibt Busse und eine S-Bahn-Station. Wenn der Stadtrat in diesem Quartier ein Tramprojekt für nötig hält, würde er das sicher vorschlagen.*

Weiter Wortmeldungen:

Thomas Wyss (Grüne): *Affoltern hat ein Tram verdient. Auch die Verkehrsbetriebe (VBZ) sind inzwischen dieser Meinung. Das Postulat sollte deshalb überwiesen und vom Stadtrat überprüft werden.*

Roger Tognella (FDP): *Problematisch ist, dass in mehreren Postulaten Priorisierungsprojekte für einzelne Quartiere gefordert werden. Dies führt dazu, dass der Stadtrat vor lauter Vorstössen nicht weiss, was er zuerst umsetzen soll und alle erst einmal in die Schublade legt. Dennoch stimmt die FDP dem Postulat zu.*

Hans Jörg Käppeli (SP): *Bei der Überprüfung durch den Stadtrat muss dieser die Linienführung nochmal genau in Augenschein nehmen. Dort gibt es noch einige Knacknüsse.*

Das Postulat wird mit 96 gegen 24 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2883. 2010/322
Postulat von Mario Mariani (CVP) und Christian Traber (CVP) vom 14.07.2010: Realisierung eines Pendelschiffbetriebs zwischen den S-Bahnhöfen Wollishofen, Stadelhofen und Tiefenbrunnen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Christian Traber (CVP) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 362/2010) und zieht es zurück: Wir dachten, dass der Schiffbetrieb zwischen den drei S-Bahnhöfen eine interessante Verbindung für ArbeitnehmerInnen sein könnte. Die regierungsrätliche Ablehnung war jedoch gut begründet. Die Schiffanlegestellen befinden sich in relativ weiter Entfernung zu den S-Bahn- und Bushaltestellen, weshalb es aus ökonomischer Sicht keinen Sinn macht, eine solche Verbindung zu fordern. Es gab sogar schon einen ähnlichen Versuch in den Jahren 2001 bis 2003, die Nachfrage war aber nicht gegeben.*

Mitteilung an den Stadtrat

2884. 2010/355
Interpellation von Mario Mariani (CVP) und Marcel Schönbächler (CVP) vom 01.09.2010:
VBZ, Anlagenstrategie und Depotkonzept

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 208 vom 2. März 2011).

Mario Mariani (CVP) *nimmt Stellung: Anlass dieser Interpellation war die Alternativsuche zum Tramdepot Hard. Am 11. April 2012 wurde eine Motion von verschiedenen Parteien überwiesen, die sich für eine kombinierte Tramdepotlösung mit einer Überbauung aussprach. Deshalb erübrigt sich an dieser Stelle eine weitere Diskussion.*

Das Geschäft ist erledigt.

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2885. 2012/268
Beschlussantrag der GPK vom 27.06.2012:
Submissionswesen der Stadt Zürich, Bericht der GPK

Von der GPK ist am 27. Juni 2012 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die GPK beantragt dem Gemeinderat:

1. Der Bericht der GPK betreffend Submission vom 12. März 2012 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Empfehlungen der GPK im genannten Bericht werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Begründung:

Die GPK hat sich über das Submissionswesen der Stadt Zürich eingehend informieren lassen und verschiedene Submissionsverfahren geprüft. Mit dem beigelegten Bericht will die GPK über ihre Erkenntnisse und Empfehlungen den Gemeinderat informieren und eine öffentliche Debatte ermöglichen.

Mitteilung an den Stadtrat

2886. 2012/265
Motion von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 25.06.2012:
Liegenschaft an der Limmattalstrasse 123, Auflösung des Schenkungsversprechens

Von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 25. Juni 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, das beurkundete, zweckgebundene Schenkungsversprechen von Adelheid von Muralt aus dem Jahr 1997 an die Stadt Zürich, über eine Liegenschaft an der Limmattalstrasse 123 in 8049 Zürich-Höngg, aufzulösen.

Begründung:

Adelheid von Muralt schenkte mittels beurkundeten Vertrags 1997 der Stadt Zürich die Liegenschaft Limmattalstrasse 123 in Zürich-Höngg. Bereits 2004 entschloss sich Adelheid von Muralt, ihre Schenkung zurückziehen. Grund dafür waren Differenzen zwischen Adelheid von Muralt und dem Stadtrat in Zusammenhang mit der Umgebung. Am 17. November 2004 schrieb das dafür zuständige Finanzdepartement in einem Brief, in welchem er den Rückzug der Schenkung bedauert, an Adelheid von Muralt: "Der Stadtrat respektiert jedoch Ihren Entscheid, das zweckgebundene Schenkungsversprechen zurückziehen zu wollen". Zurückgegeben hat der Stadtrat die Schenkungsurkunde nicht.

Seit 2004 kämpft Adelheid von Muralt um Aufhebung ihres Schenkungsversprechens. Die Zeit, ihr seitens Stadtrats diesen Wunsch zu erfüllen, ist überfällig. Dies umso mehr, als ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. iur. Martin Usteri vom 11. Dezember 2007 klar zum Schluss kam, dass der Vertrag über das Schenkungsversprechen hinfällig ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2887. 2012/269
Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Margrit Haller (SVP) vom 27.06.2012:
Strichplatz Altstetten, Verhinderung der Prostitution in den umliegenden Quartieren

Von Roger Bartholdi (SVP) und Margrit Haller (SVP) ist am 27. Juni 2012 folgendes

Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie verhindert werden kann, dass die Auto- bzw. "Outdoor"-Prostitution und die Bedienung der Kunden (Freier) ausserhalb des geplanten Strichplatzes Depotweg in den umliegenden Quartieren (u.a. Grünau, Altstetten und Höngg) durchgeführt wird.

Begründung:

In der Vorlage vom 11. März 2012, welche mit 52% der Stimmenden angenommen worden ist (fast 2/3 stimmten im betroffenen Kreis 9 gegen den Strichplatz), steht in der Abstimmungszeitung folgendes geschrieben (Seite 2): «Um die Bevölkerung zu entlasten und die Sicherheit der Prostituierten zu verbessern, soll die Strassenprostitution in einen kontrollierten Strichplatz überführt werden.» Und auf der Seite 3: «Mit dem Strichplatz am Depotweg wird der Strassenstrich vom Sihlquai in eine kontrollierte und abgeschirmte Zone verlagert. So können Anwohner, Bevölkerung und Firmen entlastet und die Verschmutzung eingedämmt werden.» Und bei der Replik des Stadtrates (Seite 5): «Im Gegensatz dazu wird die Prostitution auf dem Strichplatz auf einem eingezäunten und sichtgeschützten Areal stattfinden.»

Kaum ist die Abstimmung vorbei erzählte Stadtrat und Polizeivorsteher Daniel Leupi (Zitate aus dem Tages-Anzeiger) eine andere Philosophie: «Der Service muss ja nicht zwingend in den Boxen auf dem Areal vollzogen werden.» Sexworkerinnen dürften mit den Kunden auch aus der Strichzone hinausfahren und das Geschäft ausserhalb des Areals erledigen, «zum Beispiel auf einem Parkplatz im Auto irgendwo im Quartier».

Der Volksentscheid basiert auf der Annahme, dass der "Service" auf dem Areal in den dafür speziell eingerichteten Verrichtungsboxen vollzogen wird. Die Ausbreitung in die Quartiere, mit ihren negativen Konsequenzen, muss unter allen Umständen verhindert werden. Auch wenn der Stadtrat seine Aussagen relativiert haben soll, so ist ein klares Bekenntnis von Gemeinderat und Stadtrat wichtig, dass eine Verlagerung des "Geschäftes" ausserhalb des geplanten Strichplatzes nicht toleriert wird.

Mitteilung an den Stadtrat

2888. 2012/270
Postulat von Michael Baumer (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) vom 27.06.2012: Räumung von besetzten Liegenschaften in Wohnquartieren

Von Michael Baumer (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) ist am 27. Juni 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie seine Strategie im Umgang mit besetzten Häusern so angepasst werden kann, dass Häuser in reinen Wohnquartieren geräumt werden, insbesondere wenn dort regelmässig illegale Veranstaltungen mit massiven Emissionen stattfinden. Vor allem Lärmimmissionen, aber auch Verslumung, Abfall oder Pöbeleien sollten zu Massnahmen führen.

Begründung:

Bekanntlich ist es die Strategie des Stadtrates Räumungen von besetzten Häusern nur durchzuführen, wenn eine Abbruchbewilligung vorliegt. Diese Praxis ist grundsätzlich fraglich, aber derzeit leider Realität.

Es kann jedoch nicht hingenommen werden, dass sich an solchen Orten rechtsfreie Räume bilden, welche die Lebensqualität in der Nachbarschaft massiv beeinträchtigen.

Es ist daher von der bisherigen Praxis mindestens soweit abzuweichen, dass in Wohnquartieren die Liegenschaften zu räumen sind, wenn dort Veranstaltungen stattfinden oder die Emissionen regelmässig ein erträgliches Mass überschreiten.

Mitteilung an den Stadtrat

2889. 2012/271
Interpellation von Mario Mariani (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 27.06.2012:
Überprüfung der Linienführung der Buslinie 67

Von Mario Mariani (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) ist am 27. Juni 2012 folgen-

de Interpellation eingereicht worden:

Anlässlich der Generalversammlung des Quartiervereins Albisrieden äusserte sich ein VBZ-Vertreter dahingehend, dass in nächster Zukunft vorgesehen sei, die Buslinie Nr. 67 nicht mehr wie bisher bis zur Station Dunkelhölzli zu führen, sondern vorzeitig an der Kreuzung Altstetterstrasse/Rautistrasse wenden zu lassen.

Dazu soll in den nächsten Jahren an der erwähnten Kreuzung ein Kreisel gebaut werden. Ergänzend dazu sei vorgesehen, die Buslinie Nr. 78 im 7½–Minuten-Takt (heute 15 Minuten) zum Bahnhof Altstetten zu führen.

Eine ähnliche Aussage findet sich auch im Geschäftsbericht 2011 (Seite 337, zu Postulat 2009/000212), wonach im Rahmen des Fahrplanverfahrens 2016/2017 die Linienführung der Linie 67 grundsätzlich überprüft werden soll.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist diese Aussage korrekt und noch aktuell? Wurde dies mit dem ZVV bereits vorbesprochen und falls ja, wie beurteilt der ZVV diese Massnahmen?
   Was ist der effektive Grund für diese Massnahmen?
2. Existieren aktuelle Untersuchungen oder Angaben über die Auslastung der Buskurse, die belegen, dass der grössere Teil der Bevölkerung im Raum Dunkelhölzli/Rautistrasse als Zielpunkt den Bahnhof Altstetten anstelle des Goldbrunnenplatzes bzw. Schmiede Wiedikon haben?
3. In welchem Jahr fallen die Kosten für den Umbau der Strassenkreuzung in einen Kreisel an und wie hoch sind die approximativen Gesamtkosten? Gibt es dazu bereits ein konkretes Vorprojekt?
4. Wie lange werden beim neuen Linienkonzept voraussichtlich die Umsteigewege sein (stadtein- und auswärts)? Ist sichergestellt, dass die Anschlüsse auch von älteren oder gehbehinderten Fahrgästen gut erreicht werden können?

Bestehen aus Sicht des Stadtrates Möglichkeiten oder Synergien, im Sinne des am 16. April 2008 an den Stadtrat überwiesenen Postulats 2008/144 (von Mario Mariani CVP und Claudia Rabelbauer-Pfiffner EVP vom 26. März 2008 „Zollfreilager-Areal Flurstrasse/Rautistrasse, Anbindung an den öffentlichen Verkehr“) die Buslinienführung des 67-Busses durch das Zollfreilagerareal zu führen?

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag, die Motion, die zwei Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

2890. 2012/272
Dringliche Schriftliche Anfrage von Tamara Lauber (FDP) und 31 Mitunterzeichnenden vom 27.06.2012:
Durchführung eines Personalfestes im Hotel Dolder Grand für die Belegschaft des Pflegezentrums Witikon

Von Tamara Lauber (FDP) und 31 Mitunterzeichnenden ist am 27. Juni 2012 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Umzug des Haus A vom Pflegezentrum Witikon ins Pflegezentrum Bombach ist vollbracht, die Renovierungsarbeiten im Pflegezentrum Riesbach beendet und die AAÜP-Abteilung im Riesbach aufgebaut. Grund genug zum Feiern, findet zumindest der Betriebsleiter Erwin Zehnder und lädt die Belegschaft des Pflegezentrums zum Personalfest ein - nirgendwo geringeres als ins Hotel Dolder Grand.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wird das Personalfest vom 23. August 2012 ganz oder teilweise von Sponsoren finanziert? Wenn ja, wie hoch ist der Betrag der Sponsoren und mit welchem Betrag finanziert die Stadtkasse das Fest mit. Wenn nein, wie hoch ist der Betrag aus der Stadtkasse?
2. Wie hoch sind die für das Personalfest anfallenden Kosten insgesamt? Mit welchem Betrag pro teilnehmende Person wird gerechnet? Wie viele Personen wurden eingeladen und welcher Abteilung / Pflegezentrum gehören diese an?
3. Falls die Stadt einen Beitrag ans Personalfest zahlt, wo sind diese Kosten im Budget 2012 einge-

stellt?

4. Fällt die Teilnahme am Personalfest unter Freizeit oder wird diese Zeit als Arbeitszeit verbucht?
5. Mit welcher Begründung wird den Teilnehmenden bei Absagen oder unentschuldigtem Fernbleiben eine Kostenentschädigung von CHF 100.- verrechnet?
6. Erachtet es der Stadtrat als angebracht und verhältnismässig, ein Personalfest wegen eines Umzuges und Beendigung von Renovationsarbeiten in einem der teuersten Hotels der Stadt Zürich abzuhalten? Dies insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Gesundheitskosten und dem unvermeidbaren Spardruck.

Mitteilung an den Stadtrat

2891. 2012/273
Schriftliche Anfrage von Peter Küng (SP) und Patrick Hadi Huber (SP) vom 27.06.2012:
Wegweisung von alkoholkonsumierenden Parkbesuchenden der Bäckeranlage

Von Peter Küng (SP) und Patrick Hadi Huber (SP) ist am 27. Juni 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Sprecher der Stadtpolizei, Marco Cortesi, wird auf tagesanzeiger.ch vom 22. Juni 2012 im Zusammenhang mit der Wegweisung von alkoholkonsumierendenden Parkbesuchenden der Bäckeranlage folgendermassen zitiert:[1]

«Wenn ein paar junge Leute am Abend zusammensitzen und Bier trinken, haben wir nichts dagegen. Aber dass tagsüber in der Nähe vom Kinderspielplatz Alkohol konsumiert wird, akzeptieren wir nicht.» Und weiter unten: «Im Moment haben wir keine Probleme in der Bäckeranlage (...) Mit diesen Massnahmen stellen wir sicher, dass sich Mütter und Kinder auch wohlfühlen.»

Ferner bestätigt Cortesi im Artikel, dass in diesem Zusammenhang bereits ein 24-stündiges Rayonverbot ausgeprochen wurde.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist es bereits vorgekommen oder wäre es denkbar, dass Besucherinnen und Besucher der Bäckeranlage oder anderer öffentlicher Plätze der Stadt Zürich weggewiesen werden, wenn sie tagsüber Alkohol konsumieren, ohne sich gesetzeswidrig verhalten zu haben?
2. Wenn ja, aufgrund welcher Rechtsgrundlage handelt die Polizei so und wie begründet der Stadtrat diese Praxis?
3. Wurde in diesem Zusammenhang tatsächlich auch schon ein Rayonverbot ausgesprochen?
4. Wenn ja, aufgrund welcher Rechtsgrundlage wurde so verfahren, und wie stellt sich der Stadtrat zu diesem Fall?

[1]Wer Bier mitbringt, muss gehen. http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/Wer-Bier-mitbringt-muss-gehen/story/13516228, 22.6.12.

Mitteilung an den Stadtrat

2892. 2012/274
Schriftliche Anfrage von Michael Baumer (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) vom 27.06.2012:
Städtische Strategie im Umgang mit Lärmklagen bei Parties und besetzten Liegenschaften

Von Michael Baumer (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) ist am 27. Juni 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit mehr als einem Jahr ist die Liegenschaft in der Hub 12 besetzt. Regelmässig werden dort illegale Parties mit bis zu 100 Personen durchgeführt, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Nachbarschaft. Letztmals war dies am Freitag 23. Juni der Fall. Zahlreiche Anwohnerinnen und Anwohner beschwerten sich gegen 2 Uhr bei der Polizei, welche offenbar keine Ressourcen fand. Eine Nachfrage eines Anwohners um 5 Uhr ergab, dass eine Patrouille dort war, wegen der Aggressivität der Besetzer aber wieder abziehen musste, es gelte das Verhältnismässigkeitsprinzip, da es ja nur eine Lärmklage sei. Es solle sich doch der Quartierverein darum kümmern.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Werden Parties trotz der neuen Strategie des Stadtrats grundsätzlich geduldet, wenn sie nur genügend gross sind?
2. Welches sind die Voraussetzungen, dass insbesondere bei Lärmklagen wegen illegaler Parties mit massiven Lärmemissionen auf die Durchsetzung des rechtmässigen Zustandes wegen des Verhältnismässigkeitsprinzips verzichtet wird?
3. Ist regelmässige Lärmbelästigung für den Stadtrat nur ein unwichtiges Vergehen, welches nur geahndet wird, wenn eine höfliche Aufforderung zum Beenden des Lärms genügt?
4. Mit welchen Massnahmen stellt die Stadt sicher, dass in besetzten Häusern kein rechtsfreier Raum entsteht?
5. Wie setzt der Stadtrat in besetzten Häusern das Alkohlabgabeverbot an Jugendliche und die Kontrolle von Drogenverkäufen um?
6. Ist der Stadtrat bereit seine Strategie im Umgang mit besetzten Häusern wenigstens soweit zu ändern, dass besetzte Liegenschaften in reinen Wohnquartieren bei regelmässigen unzumutbaren Emissionen geräumt werden?
7. Welche regulatorischen und personellen Massnahmen wären nötig, um eine Strategieänderung gemäss Frage 6 umzusetzen?
8. Die Polizei empfahl den Nachbarn, sich doch an den Quartierverein zu wenden. Welche Möglichkeiten hat der Quartierverein, welche die Stadtpolizei nicht hat? Seit wann ist es Aufgabe der Quartiervereine das geltende Recht durchzusetzen?
9. Welches sind die Aufgaben eines Quartiervereins allgemein im Zusammenhang mit Emissionen nach Ansicht des Stadtrates?
10. Inwiefern hängt das passive Verhalten der Polizei mit der Personalknappheit zusammen? Inwiefern ist dies auf die politischen Vorgaben des mehrheitlich rot-grünen Stadtrates zurückzuführen?

Mitteilung an den Stadtrat

2893. 2012/275
Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP) vom 27.06.2012: Neuauflage des Polizeimusikfestivals Tattoo im Jahr 2013, Organisation und finanzielle Rahmenbedingungen

Von Dr. Urs Egger (FDP) ist am 27. Juni 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Wie zu vernehmen ist, laufen die Vorbereitungen für eine Neuauflage des Polizeimusikfestivals Tattoo im Jahre 2013. Die letzte Durchführung 2010 hatte ein grosses Defizit zur Folge. Dies führte nur dank eines Darlehens der Stadt Zürich von Fr. 500‘000 an den Verein policemusicfestival nicht zu dessen Konkurs. Für eine allfällige Durchführung der Veranstaltung 2013 muss sichergestellt werden, dass ein Gewinn erarbeitet wird, so dass das Darlehen zurückbezahlt werden kann.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie sieht die aktuelle Organisation für die Durchführung des Anlasses 2013 aus?
2. Ist die personelle Zusammensetzung des durchführenden OKs gegenüber 2010 wesentlich verändert worden? Wie ist sichergestellt, dass die damals gemachten Fehler, die zum Verlust führten, nicht wiederholt werden?
3. Wie viele Stunden können die im Verein policemusicfestival beteiligten Mitarbeitenden der Stadt Zürich sich an Arbeitszeit anrechnen lassen? Für welche Arbeiten wird diese Anrechnung gewährt?
4. Wie passt diese Anrechnung von Arbeitszeit für einen Unterhaltungsanlass mit der Überlastung der

Korps-Mitglieder und den grossen Überstundensaldi zusammen?

5. Wird mit einer externen professionellen event Agentur zusammengearbeitet? Wenn ja, mit welcher? Gibt es eine Risikobeteiligung dieser Agentur? Wenn ja, mit welchem Anteil?
6. Wie wird sichergestellt, dass das Festival 2013 einen Gewinn erzielen wird?
7. Wie sieht das Budget der Veranstaltung 2013 aus?
8. Welche Sponsoren haben welche Beiträge bereits zugesagt?
9. Was geschieht mit dem Darlehen der Stadt Zürich, falls 2013 erneut ein grosser Verlust entstehen sollte?
10. Wie weit haften die Vorstandsmitglieder des Vereins policefestival gegenüber der Stadt Zürich für einen allfälligen weiteren Verlust?
11. Besteht eine Begleitung des Vereins durch Finanzfachleute der Stadt Zürich?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2894. 2010/169
SK PRD/SSD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Lucia Tozzi (SP) für den Rest der Amtsdauer 2012–2014

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 25. Juni 2012):

Marianne Dubs Früh (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

2895. 2010/173
SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Urs Weiss (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2012–2014

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 25. Juni 2012):

Rolf Müller (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

2896. 2012/110
Schriftliche Anfrage von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 14.03.2012:
Kontrolle und Betrieb der Asylunterkünfte der Stadt Zürich

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 728 vom 13. Juni 2012).

Nächste Sitzung: 4. Juli 2012, 17 Uhr.